



Rüdiger Scholz

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Beauftragter der CDU-Fraktion für Vertriebene,
Aussiedler und deutsche Minderheiten

Landtag NRW • Rüdiger Scholz MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Herrn Bernard Gaida
Verband deutscher Gesellschaften in Polen
ul. Krupnicza 15
PL 45-013 Opole

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: +49 (211) 884-4339
Telefax: +49 (211) 884-3220
E-Mail: ruediger.scholz@landtag.nrw.de

Referent Sebastian Wladarz
Telefon: +49 (211) 884-4351
E-Mail: sebastian.wladarz@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 29. Mai 2018

Minderheitenwallfahrt zum St. Annaberg in Oberschlesien

Sehr geehrter Herr Gaida,
liebe Landsleute,

an diesem Sonntag ist es wieder soweit: Tausende Angehörige der deutschen Minderheit, aber auch anderer Minderheiten in Polen, machen sich auf zum heiligen Berg Oberschlesiens, um gemeinsam zu beten. Die traditionelle Minderheitenwallfahrt zum St. Annaberg ist gelebte Gemeinschaft. Seit jeher pilgern nicht nur Deutsche aus Polen dorthin. Auch aus der Bundesrepublik kommen viele Menschen an, die aus ihrer Heimat im heutigen Polen vertrieben wurden. Menschen, die beispielsweise in Haltern oder Altötting einen „Annaberg-Ersatz“ gefunden haben, weil sie zu ihrem geliebten oberschlesischen St. Annaberg nicht pilgern durften. Sie pilgern heute mit, um zu zeigen, dass die Heimatvertriebenen und Heimatverbliebenen eine Solidar- und Schicksalsgemeinschaft sind. Deshalb ist es auch seitens der Deutschen Bischofskonferenz ein zu begrüßendes Zeichen, dass mit Erzbischof Ludwig Schick wieder ein Vertreter der Katholischen Kirche in Deutschland dem Pontifikalamt am St. Annaberg vorstehen wird. So wie es wichtig ist, dass unsere Landsleute aus Polen zum Katholikentag nach Münster kamen, so ist es auch wichtig, dass sich die Katholische Kirche in Deutschland bei unseren Landsleuten in Polen blicken lässt. Dazu passt wunderbar die diesjährige Losung der Wallfahrt: „Die Gnade der Gemeinschaft im Heiligen Geist sei mit Euch allen!“

Doch nicht nur die heimatverbliebenen und heimatvertriebenen Deutschen bilden eine Solidar- und Schicksalsgemeinschaft. Auch die Minderheiten in Europa sind eine Solche. Sie brauchen die Solidarität aller Europäer. Deshalb muss die Europäische Union - als Gemeinschaft in Vielfalt - vor dem Hintergrund des christlich-abendländischem Erbes, aus dem sie hervorgegangen ist, ein stärkeres Augenmerk auf ihre Minderheiten lenken. In einer Grußbotschaft zum „Europatag der Oberschlesier“ 2012 mit dem Motto „Erbe erhalten – Europa gestalten“ betonte der emeritierte Pontifex, unser Landsmann Benedikt XVI, dass der christliche Glaube ein Schatz sei, den der europäische Kontinent empfangen, und der das soziale Leben begründet und seine Spuren in den Künsten, der Literatur, im Denken und der Kultur hinterlassen habe. Dieses Erbe sei das, was ein Zusammenleben aller Europäer festigen und die Erfahrung von Unterschieden zu einem Fundament echter europäischer Solidarität werden lassen könne. Der deutsche Papst spricht genau das an, was heute Losung der Wallfahrt ist: Die Gnade der Gemeinschaft im Heiligen Geist.

Europa wird es immer nur so gut gehen, wie es seinen Minderheiten geht. Schon aus der christlichen Verantwortung heraus muss es daher Ziel jeglicher europäischen Politik sein, diesen Minderheiten einen angemessenen Stellenwert in der Politik und im Recht der Europäischen Union einzuräumen. Der Erfolg der Unterschriftensammlung der europäischen Bürgerinitiative „Minority SafePack“ zeigt, dass die Situation keineswegs eine befriedigende, geschweige denn eine gute ist. Stellvertretend für etwa 50 Millionen Menschen, die in der Europäischen Union einer autochthonen Minderheit angehören, haben über 1,2 Millionen Unionsbürger per Unterschrift gefordert, dass sich die europäischen Institutionen mehr um die kulturelle und sprachliche Vielfalt sowie die Minderheitenrechte in der Europäischen Union kümmern mögen. Das ist eine gewaltige Meinungsäußerung, welche erstens die Minderheiten wieder etwas mehr in den Fokus der politischen Diskussion gebracht hat und zweitens als Stimme der Minderheiten nicht überhört werden darf. Deshalb kann es als erstes positives Zeichen und nahezu ein Meilenstein gesehen werden, dass das Europäische Parlament am 8. Februar 2018 mit breiter Mehrheit über alle Fraktionen einen Entschließungsantrag verabschiedet hat, in dem festgestellt wird, dass Minderheitenrechte in der Europäischen Union eine besondere Aufmerksamkeit und stärkeres politisches Handeln verdienen. Nun erwarten wir alle, dass die Ankündigungen in praktische Politik umgesetzt werden.

Lieber Bernard Gaida,
liebe Landsleute,

auch wenn ich diesmal nicht persönlich zum St. Annaberg pilgern kann, so möchte ich Sie alle herzlich grüßen und auch die Grüße der CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen übermitteln. Wir in Nordrhein-Westfalen sind nicht nur durch die Patenschaft über die Landsmannschaft der Oberschlesier, sondern auch durch die Partnerschaft mit der Woiwodschaft Schlesien innerhalb des Regionalen Weimarer Dreiecks mit den Deutschen in Polen sehr verbunden. Die neue NRW-Koalition zeigt, dass ihr die Minderheiten bei der Entwicklung des europäischen Gedankens sehr wichtig sind. Daher steht zum ersten Mal in einem Koalitionsvertrag, dass bei der Weiterentwicklung des Regionalen Weimarer Dreiecks aus Nordrhein-Westfalen, Hauts-deFrance und der Woiwodschaft Schlesien, explizit die deutsche Minderheit eingebunden werden soll. Die CDU-Fraktion unterstützt diese Politik und steht sowohl zur Paten- als auch zur Partnerschaft. Wir bleiben damit stets fester Ansprechpartner für unsere Landsleute.

Liebe Landsleute,

wo wird mehr auf die Minderheiten geschaut als bei einer Minderheitenwallfahrt? Deshalb wünsche ich Ihnen allen eine gesegnete Wallfahrt mit der größtmöglichen Resonanz. Möge vom St. Annaberg ein starkes Signal für die Minderheiten in Polen und Europa ausgehen. Insbesondere sollte der Gedanke der Gemeinschaft stets derjenige sein, der Ihr und unser Tun leitet.

In diesem Sinne alles Gute, Glückauf und Gottes reichen Segen!

Ihr

Rüdiger Scholz MdL